

## **Bemerkungen von Präsidentin Roberta Metsola auf der Tagung des Europäischen Rates, 27. Juni 2024**

Vielen Dank, Charles!

Zunächst möchte ich anmerken, dass das Europäische Parlament den neuen Pakt für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der Europäischen Union begrüßt.

Bei meinem letzten Kiew-Besuch am 9. Mai haben mir die ukrainischen Behörden alle Vorarbeiten und Reformen präsentiert, die zur Vorbereitung der Eröffnung dieses neuen Kapitels in unseren Beziehungen mit großer Gewissenhaftigkeit unternommen wurden. Zudem möchte ich betonen, dass die Tatsache, dass Präsident Selenskyj zu diesem Anlass hier war, großen Symbolwert hat und von unser beiderseitigem Engagement für unsere gemeinsame Sicherheit und unser gemeinsames Schicksal zeugt.

Der Schritt, diesen Monat offizielle EU-Beitrittsgespräche mit der Ukraine und der Republik Moldau aufzunehmen, ist bedeutsam und wichtig. Das Europäische Parlament hat sich fortwährend für die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen stark gemacht. Es geht mir an dieser Stelle nicht darum, erneut sämtliche Vorteile unseres stärksten geopolitischen Instruments aufzuzählen; vielmehr möchte ich dem belgischen Ratsvorsitz dafür danken, dass er diese ersten Regierungskonferenzen einberufen und damit einen wichtigen strategischen Schritt für die Europäische Union unternommen hat. Die Vorbereitung unserer Union auf die Erweiterung muss in unserem nächsten institutionellen Zyklus weiterhin oberste Priorität haben.

Seit der Europawahl sind zweieinhalb Wochen vergangen. Wir haben nun eine viel klarere Vorstellung davon, was die Menschen in den nächsten fünf Jahren von uns erwarten. Die Herausforderung besteht jetzt darin, diese Botschaften aus der Wahl in ein politisches Programm für die Europäische Union zu überführen. Und zwar eines, das seriös, erfolgsversprechend und umsetzbar ist.

Wir alle haben eine lange Zeit des Wahlkampfes hinter uns. Die Menschen haben ihre Meinung kundgetan, und uns allen hier kommt es nun zu, den Erwartungen, die sie an uns gerichtet haben, Rechnung zu tragen.

Die Menschen fordern, dass unsere Werte entschlossen verteidigt werden und dass der Sicherheit weiterhin oberste Priorität eingeräumt wird. Das bedeutet, dass wir die Ukraine weiter unterstützen müssen.

Außerdem bedeutet es, dass mehr getan werden muss, um die Fähigkeit Europas zu verbessern, auf Krisen jeglicher Art zu reagieren und strategische Autonomie zu schaffen. Folglich besteht die dringende Notwendigkeit, eine echte gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufzubauen, die die NATO ergänzt, ohne mit ihr in Wettbewerb zu treten.

In der aktuellen Wahlperiode haben wir bereits einige Grundsteine dafür gelegt. Gemeinsam haben wir daran gearbeitet, unsere Fähigkeiten auszubauen, Doppelarbeit abzubauen und die Zersplitterung der Verteidigungsindustrie zu verringern. Der nächste Schritt im Verteidigungsbereich ist die Schaffung einer starken industriellen Basis.

Selbstverständlich ist dies auch mit der Debatte über die europäische Wettbewerbsfähigkeit verbunden, die aus wirtschaftlicher und politischer Sicht von entscheidender Bedeutung ist. In den letzten Jahren hat sich die Art und Weise verändert, wie globale Wirtschaftsmächte interagieren und Handel miteinander treiben und wie sie ihre eigene Industrie im Vergleich zu Europa betrachten. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, Europas Platz auf der Weltbühne zu stärken.

Das heißt nicht, dass wir uns abschotten sollten. Unsere Wirtschaft ist über die Jahre genau deshalb gewachsen, weil wir für das Gegenteil eingestanden sind: einen offenen, ausgewogenen und fairen Handel, der auf internationalen Regeln beruht. Es geht uns darum, unser Geflecht von Handelsabkommen mit Partnern zu erweitern, indem wir die in Vorbereitung befindlichen Abkommen zum Abschluss bringen und ratifizieren. Wir müssen unsere Anstrengungen verstärken.

Die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken, setzt auch voraus, dass wir den Binnenmarkt vertiefen, damit er wieder den Bedürfnissen des aktuellen Kontexts entspricht, insbesondere was den grünen und den digitalen Wandel unserer Wirtschaft betrifft. Nur wenn wir die Produktivität steigern und Investitionen in eigene industrielle Fähigkeiten beschleunigen, können wir strategische Abhängigkeiten verringern und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum unterstützen und aufrechterhalten.

Der Binnenmarkt ist unser stärkster Wirtschaftsmotor. Das muss sich in der Angleichung unserer Gemeinschaften nach oben niederschlagen. So geben wir unseren Bürgerinnen und Bürgern die Hoffnung, geeigneten Wohnraum zu finden. So gehen wir gegen soziale Ungleichheiten, generationenübergreifende Armut und soziale Ausgrenzung vor, von denen unsere Gemeinschaften nach wie vor betroffen sind.

Die Menschen fordern politische und strategische Lösungen von uns – und diese haben ihren Preis. Wenn wir über die Fähigkeit und die Liquidität verfügen wollen, die wir brauchen, um die von unseren Bürgerinnen und Bürgern geforderten Lösungen zu finanzieren, und wenn wir unsere Volkswirtschaften wachsen lassen und unsere Schulden zurückzahlen wollen, müssen wir uns ernsthaft darum bemühen, innovative Wege zu finden, um öffentliche wie auch private Investitionen anzukurbeln.

Die Anhebung der Obergrenzen im Rahmen einer Halbzeitüberprüfung, die beim derzeitigen langfristigen EU-Haushalt zum ersten Mal überhaupt erfolgt ist, war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, aber bald schon wird es an der Zeit sein, uns auf den nächsten MFR vorzubereiten. Hier müssen wir für einen Haushalt sorgen, der zweckmäßig ist.

Zudem müssen wir eine echte Debatte über die Zersplitterung unseres Finanzsektors, und – noch konkreter – über die Hindernisse für Kapitalströme in unserer Union führen. Mir ist bekannt, dass diese Themen nicht neu sind, aber sie sind von neuer Dringlichkeit.

Wenn es uns ernsthaft darum geht, privates Kapital zu mobilisieren, um in unsere Prioritäten zu investieren und Anreize für unsere Unternehmen zu schaffen, in Europa zu bleiben, dann müssen wir auch unsere Bankenunion und unsere Kapitalmarktunion vollenden. Auf diese Weise stützen wir das Wirtschaftswachstum und schaffen neue, hochwertige Arbeitsplätze und menschenwürdige Zukunftsperspektiven. Wir können nicht zulassen, dass wir selbst und unsere Bürgerinnen und Bürger diese Chance verpassen.

Die Menschen sorgen sich, ob sie ihre Rechnungen bezahlen können. Ob sie ihren Arbeitsplatz behalten können oder ob sie es sich jemals leisten können werden, ein eigenes Haus zu kaufen. Die diesbezügliche Botschaft aus der Wahl sollte als Denkanstoß dienen.

Es ist an uns, Antworten zu liefern, und zwar sowohl mit Ehrgeiz als auch mit Verständnis. Denn in der Realität sind wir mit unseren Zielen zwar weltweit führend, worauf wir extrem stolz sein können und auch sind, allerdings besteht die Gefahr, dass Fortschritte durch Auflagen und Bürokratie gebremst werden.

Für sich genommen mögen die einzelnen Vorschriften durchaus gerechtfertigt sein, aber wenn wir die Gesamtheit betrachten, müssen wir gemeinsam darauf achten, dass sie nicht überhandnehmen. Unsere Vorschläge müssen für Familien aufgehen. Für die Industrie. Für Landwirte. Wenn beim grünen und beim digitalen Wandel vorangeschritten wird, sollte niemand zurückgelassen werden. Maßgeblich ist hier die Umsetzung. Darauf müssen wir uns jetzt konzentrieren.

So können wir Europa ein bisschen mehr zu dem machen, was unsere Bürgerinnen und Bürger sich wünschen. So können wir auf die Botschaft eingehen, die uns die Wähler vermittelt haben. So können wir zu einem stärkeren, sichereren, gerechteren und besseren Europa für alle Europäer beitragen.

Und ein starkes Programm braucht ein starkes Team, das uns voranbringt. Eines ohne das andere funktioniert nicht.

Vergangene Woche hatte ich Sie bereits über die nächsten Schritte des Europäischen Parlaments bei der Wahl des nächsten Kommissionspräsidenten informiert. Um Sie diesbezüglich auf dem Laufenden zu halten: Mittlerweile hat Charles Michel an der Sitzung der Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments teilgenommen, bei der es um Konsultationen mit den Fraktionsvorsitzenden ging. Das Europäische Parlament steht nach wie

vor entschieden hinter dem Verfahren der Spitzenkandidaten, und wir bestätigen, dass die Europäische Volkspartei erneut die größte Fraktion im Europäischen Parlament ist.

Wir werden das ordnungsgemäße Verfahren einhalten und die betreffende Person am Dienstag zu einem Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden einladen, nachdem wir über die Festlegung des Europäischen Rates unterrichtet wurden. Ziel dieser Vorgehensweise ist es, den Kandidaten zu ermitteln, für den im Europäischen Parlament die erforderliche qualifizierte Mehrheit für die Besetzung des Amtes des Kommissionspräsidenten gebildet werden kann. Ein Kandidat bzw. eine Kandidatin mit einem politischen Programm, das in der Lage ist, die wichtigsten Botschaften aus der Wahl zu erfassen und die Ansichten der Mehrheit des Hauses widerzuspiegeln.

Ich möchte Ihnen erneut versichern, dass meine Kollegen und ich bereit sind, das Verfahren für die Wahl eines neuen Kommissionspräsidenten unverzüglich reibungslos voranzutreiben, sobald der Europäische Rat seinen Kandidaten nennt, und dass wir auch für die anschließenden Anhörungen der Kommissionsmitglieder bereit sind.

Vielen Dank.